

Bau- und Planungsausschuss

Protokoll Nr. BPA/09/2023

**über die öffentliche Sitzung des
Bau- und Planungsausschusses am 04.10.2023,
Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, Saal**

Beginn der Sitzung : 19:00 Uhr
Ende der Sitzung : 20:15 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Markus Kubczigk

Stadtverordnete/r

Herr Burkhard Bertram
Herr Uwe Gaumann
Herr Stefan Gertz
Herr Dr. Detlef Steuer

ab 19:05 Uhr/TOP 3

Bürgerliche Mitglieder

Herr Hartmut Bade
Frau Susanne Lohmann

i. V. f. Herrn Liew
i. V. f. Frau Levenhagen

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Rolf Griesenberg
Herr Béla Randschau
Frau Gabriele Ehrich
Frau Jule Niehus

Frau Celine Nowotka

Seniorenbeirat, nur öffentl. Teil
Kinder- und Jugendbeirat, nur
öffentl. Teil
Kinder- und Jugendbeirat, nur
öffentl. Teil

Verwaltung

Herr Eckart Boege
Herr Peter Kania
Frau Stefanie Soltek
Herr Rafael Haase
Frau Angela Haase

bis 19:37 Uhr, inkl. TOP 7
bis 20:10 Uhr, inkl. TOP 10
Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete/r

Frau Nadine Levenhagen

Bürgerliche Mitglieder

Herr Danny Liew

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Festsetzung der Tagesordnung
4. Einwohnerfragestunde
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 08/2023 vom 06.09.2023
6. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
 - 6.1. Berichte gem. § 45 c GO
- k e i n e -
 - 6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 6.2.1. Förderung der Radverkehrsinfrastruktur
 - 6.2.2. Nutzung Deckungskreis (ÖPNV, incl. On-Demand-Verkehre) für div. Gutachten zur S4
7. Entwurf des Regionalplans 2023 **2023/073**
- Stellungnahme der Stadt Ahrensburg
8. Durchführung Adventsmarkt auf dem Rondeel 2023 – 2025 **2023/075**
- Grundsatzbeschluss
9. Prüfauftrag: Versenkbarer Poller Manhagener Allee **AN/024/2023**
10. Bericht zu S4
11. Anfragen, Anregungen, Hinweise
 - 11.1. Anfrage des Kinder- und Jugendbeirates zur Einbeziehung in die Planungen beim Neubau des Schulzentrums am Heimgarten
 - 11.2. Nachfrage zur Erreichbarkeit der Werkstatt „Die Ahrensburger“ im Gewerbegebiet Nord
 - 11.3. Nachfrage zu Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge
 - 11.4. Nachfrage des Seniorenbeirates zu den Aufzügen im Regionalbahnhof

11.5. Defekte Druckampel Manhagener Allee/Hansdorfer Straße

11.6. Defekter Vortaster für Radfahrer Am Alten Markt

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit des Bau- und Planungsausschusses ist gegeben. Die Einladung zur Sitzung erfolgte form- und fristgerecht.

3. Festsetzung der Tagesordnung

Der Vorsitzende bezieht sich auf die in der Einladung vom 21.09.2023 vorgeschlagene Tagesordnung und die angekündigte Empfehlung, die Tagesordnungspunkte ab TOP 12 in nicht öffentlicher Sitzung zu beraten, da überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechnigte Interessen Einzelner dies erfordern. Hierzu wird mitgeteilt das allerdings TOP 12 und TOP 13 entfallen, da sich die Vorstellung des interessierten Unternehmens verschiebt und Einzelbauvorhaben heute nicht vorzustellen sind. Der Bürgermeister erklärt aber, im nicht öffentlichen Teil zur Entwicklung im Gewerbegebiet berichten zu wollen. Daher wird darüber abgestimmt, einen nicht öffentlichen Teil beizubehalten.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Zu TOP 7 bittet ein Ausschussmitglied, heute nur zu beraten. Die Verwaltung weist darauf hin, dass für die Stellungnahme der Stadt Ahrensburg zum Regionalplan 2023 eine Frist zur Antwort bis zum 09.11.2023 einzuhalten ist. Der BPA stellt fest, dass die Beratung somit in der nächsten regulären Sitzung am 01.11.2023 erfolgen könne. Der Vorsitzende lässt darüber abstimmen, heute nur zu beraten und ansonsten der Tagesordnung zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Der Bau- und Planungsausschuss hat insofern mit der gemäß § 46 Abs. 8 der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitglieder zugestimmt.

4. Einwohnerfragestunde

Herr Peter **Elmers** bezieht sich auf die seit dem 26.09.2023 ausliegenden Unterlagen zur S4/Planfeststellungsabschnitt 3 (PFA 3). Diese liegen im 1. Stock des Peter-Rantzau-Hauses aus. Er bemängelt die „defizitäre Zugänglichkeit“. Ausgelegt sind 25 Aktenordner mit gleicher Beschriftung, auf zu schmalen Tischen und die Pläne haben nicht nur ein DIN A4-Format. Es ist schwierig, die Unterlagen durchzuarbeiten; die Bürger kämen nicht klar. Herr Elmers bittet, die jetzt vorhandenen Bilder im 1. OG zu entfernen und stattdessen die wesentlichen Pläne zur S4/PFA 3 an die Wand zu hängen.

Ferner weist Herr **Elmers** auf den geplanten Bau eines Entlastungstunnels für die Verbindungsbahn zwischen Hamburg Hauptbahnhof und Altona (VET) und verweist auf seinen Leserbrief im „Hamburger Abendblatt“ vom 04.10.2023. Die S-Bahngleise sollen in einen Tunnel verlegt und die heutigen oberirdischen Gleise dann für den Regional- und Fernverkehr genutzt werden. Bedingt durch diese Baumaßnahme ist es wahrscheinlich, dass Busersatzverkehre bis Ende der 2030er Jahre bis Berliner Tor verkehren werden, eine Beschleunigung des Bahnverkehrs durch die S4 ist nach dem Ende der Baumaßnahmen in Ahrensburg 2027 bis 2029 – entgegen der Aussage der DB – nicht zu erwarten, sondern könnte ggf. frühestens nach Inbetriebnahme des VET eintreten. Er wisse um die begleitenden Arbeiten zur S4 in einer Lenkungsgruppe zwischen Verwaltung und Politik und findet es - auch als früherer langjähriger Leiter des Tiefbauamtes der Stadt Ahrensburg - bedauerlich, dass er noch nicht gebeten wurde, seine Überlegungen dort vorzutragen. Zudem sieht er durch den Bau der S4 keine Verbesserung der Zugverbindung Richtung Lübeck.

Der Vorsitzende fragt zur Offenlage der Pläne die Verwaltung, ob hinsichtlich dessen eine Verbesserung erfolgen könne. Die Verwaltung teilt hierzu mit, dass nicht die Stadt Ahrensburg, sondern das Amt für Planfeststellung auslegende Behörde ist. Außerdem kann die Stadt die erhaltenen Unterlagen nicht verändern oder ergänzen.

Bezüglich der Örtlichkeit des Peter-Rantzau-Hauses wird ausgeführt, dass 30 Stunden wöchentlich die Offenlage erfolgen müsse. Im Rathaus kann wegen der noch andauernden Umbauarbeiten die Offenlage leider nicht erfolgen, das Rathaus Nord sei zu abseits gelegen. Im Ergebnis ist die Verwaltung daher dankbar, dass die Offenlage im Peter-Rantzau-Haus erfolgen könne und hält diese Lösung für befriedigend. Der Bürgermeister ergänzt, dass auch die Eigeninitiative der Bürger gefragt sei, die Unterlagen seien auch im Internet zugänglich.

Zwar nicht anwesend ist Herr Peter Körner, 1. Vorsitzender der Dorfgemeinschaft Ahrensfelde e. V., in seinem Namen verliest aber Herr Jan **Furken** eine erneute Einwohneranfrage. Diese liegt diesem Protokoll als **Anlage** zu TOP 4 bei. Zum einen wird die Stadt aufgefordert, alles Erdenkliche zu unternehmen, um ein weiteres Anwachsen des Verkehrs auf den Straßen Brauner Hirsch und Dorfstraße zu verhindern, zum anderen darum gebeten, auch die Belange der Bürger im Süden der Stadt Ahrensburg

in der Stellungnahme zum Regionalplan zu berücksichtigen.

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 08/2023 vom 06.09.2023

Keine Einwendungen. Das Protokoll gilt damit als genehmigt.

6. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

6.1. Berichte gem. § 45 c GO

— k e i n e —

6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

6.2.1. Förderung der Radverkehrsinfrastruktur

Die Stadt Ahrensburg will weiterhin den Ausbau des Radverkehrs stärken. Mit PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH fand am 25.09.2023 im Rathaus von Ahrensburg ein Auftaktworkshop statt - der Fokus lag dabei auf der Radverkehrsförderung.

Unter anderem wurden die aktuellen Rahmenbedingungen für den Radverkehr in Ahrensburg in Politik, Verwaltung und Praxis herausgearbeitet, Erfahrungen mit der Beantragung von Fördermitteln für den Radverkehr zusammengetragen sowie konkrete Radverkehrsmaßnahmen und Unterstützungsbedarfe identifiziert.

Als konkrete Radverkehrsmaßnahmen wurden unter anderem die Modernisierung der Geh- und Radwege entlang verschiedener Velorouten, die Einrichtung von Mobilitätsstationen sowie Maßnahmen im Bereich des sicheren Fahrradparkens diskutiert.

Die PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH unterstützt Kommunen im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen im Rahmen des Deutschen Aufbau- und Resilienzplans bei der Beantragung von investiven Mitteln im Bereich der Radverkehrsinfrastruktur. Dieses kostenlose Beratungsangebot für kommunale Gebietskörperschaften soll helfen, passende Fördermittel zu identifizieren und zu beantragen und Investitionen in die Radverkehrsinfrastruktur zu beschleunigen.

Gleichzeitig sollen die Erkenntnisse aus dem Beratungsprojekt genutzt werden, um ein besseres Verständnis von den Hemmnissen zu erlangen, denen Kommunen bei der Inanspruchnahme der Fördermittel begegnen.

Anfang November 2023 wird die zweite Workshop-Runde stattfinden, in der es schwerpunktmäßig um die Vorstellung potenzieller Fördermöglichkeiten zu den Bedarfen von Ahrensburg geht. Zudem werden Antragsvoraussetzungen und das Antragsverfahren erläutert. Seitens der Stadt Ahrensburg wird Herr Wöllner vom FD IV.3/Straßenwesen erneut hieran teilnehmen. In seinem Aufgabenbereich liegt unter anderem die Förderung des Radverkehrs.

6.2.2. Nutzung Deckungskreis (ÖPNV, incl. On-Demand-Verkehre) für div. Gutachten zur S4

Bis zum 08.11.2023 kann die Stadt Ahrensburg, als Grundstückseigentümerin, Einwendungen im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens zur S4 geltend machen.

Die bearbeitenden Fachdienste stehen daher unter enormen Zeitdruck. Um hierzu alle notwendigen Prüfungen vornehmen zu können, wird wahrscheinlich externe Hilfe benötigt.

Die dafür erforderlichen Aufträge müssen dann ggf. umgehend erteilt werden, etwa für Rechtsgutachten, die Verkehrsentwicklung während der Baumaßnahme S4 und den Lärmschutz.

Der Aufwand ist derzeit schwer zu schätzen und wird zunächst mit max. 60.000 € angenommen, die bei dem Produktsachkonto (PSK) 54700.5431010 anfallen würden. Eine gesonderte Bereitstellung über den Nachtragshaushalt wäre zeitlich nicht möglich.

Das PSK 54700.5431010 besteht bereits, um den geplanten ÖPNV-Workshop zu finanzieren. Der Mittelbedarf von 60.000 € lässt sich aber über den Deckungskreis 410 regeln, insbesondere durch die Projekt-Nr. 815 (On-Demand-Verkehre). Hier war ein Finanzpuffer von 90.000 € bereitgestellt für Varianten und Versuche des On-Demand-Verkehrs - dieser Puffer wird jedoch nur zu einem geringen Teil in Anspruch genommen.

Sofern es zu Auftragsvergaben kommt, werden diese vorab in der AG S4 - Planfeststellungsverfahren abgestimmt.

**7. Entwurf des Regionalplans 2023
- Stellungnahme der Stadt Ahrensburg**

Ein Ausschussmitglied erkundigt sich danach, warum dieser Beschluss erforderlich ist. Der Bürgermeister erläutert, dass dies rechtlich diskutiert werden könne, seines Erachtens aber die Stellungnahme mit der Politik abgestimmt werden soll. Dies handhaben die Kommunen unterschiedlich. Ferner wird nachgefragt, inwieweit sich die Stadt mit dieser Stellungnahme bindet.

Die CDU-Fraktion würde vorschlagen, auf Seite 2 der Anlage 4 den Einschub in den Klammern zu streichen (Erlenhof-Nord, südlich Spechtweg, östlich Starweg). Ein weiteres Ausschussmitglied schließt sich der Haltung der CDU-Fraktion an.

Die Verwaltung entgegnet, dass diese Arrondierungsflächen für eine wohnbauliche Entwicklung bewusst genannt wurden. Vielleicht spreche man in 20 Jahren anders darüber; es sei sinnvoll, die Flächen zu benennen.

Ein Ausschussmitglied erklärt, dies bezogen auf die Stellungnahme zum Regionalplan nachvollziehen zu können. Anders sei dies zu sehen bei Flächennutzungsplänen. Die Stadt habe die Entwicklung der Regionalpläne nicht in eigener Hand, daher könnte die Nennung der Flächen sinnvoll sein.

Ein weiteres Ausschussmitglied vermisst in der Stellungnahme zum Regionalplan Hinweise zu Klimazielen. Hier sollte die Flächenverfügbarkeit deutlicher werden. Die Verwaltung sagt zu, sich mit der Klimaschutzmanagerin im Hause diesbezüglich auszutauschen und gegebenenfalls die Stellungnahme um diesen Aspekt zu erweitern.

**8. Durchführung Adventsmarkt auf dem Rondeel 2023 – 2025
- Grundsatzbeschluss**

Ein Sachvertrag wird nicht gewünscht. Der Vorsitzende verliest den Beschlussvorschlag:

In Ahrensburg wird auf dem Rondeel in den Jahren 2023 bis 2025 ein Adventsmarkt vom Ahrensburger Bürgerverein von 1874 e. V. ausgerichtet.

Es ist ein gesondert auf jedes Einzeljahr bezogener, konkreter Antrag auf Sondernutzung zu stellen und eine entsprechende Erlaubnis auf Basis der „Sondernutzungssatzung der Stadt Ahrensburg und deren Gebühren an öffentlichen Straßen in der Stadt Ahrensburg“ zu erteilen.

Die Sondernutzungsgebühr wird ausschließlich auf die Verkaufsstände erhoben, nicht aber für die gemeinnützige Aktivität des Ahrensburger Bürgervereins.

Der Veranstalter stellt jedes Jahr einen Weihnachtsbaum zur Verfügung. Die Kosten für den Auf- und Abbau (incl. Transport) trägt die Stadt Ahrensburg.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

9. Prüfauftrag: Versenkbarer Poller Manhagener Allee

Der Vorsitzende erläutert den Antrag seiner Fraktion. Die Manhagener Allee ist im hinteren Bereich bis zum Fahrstuhl eine Fußgängerzone und als solche gekennzeichnet. In dieser ist nur zwischen 06:00 Uhr und 10:00 Uhr Lieferverkehr für die dort ansässigen Geschäfte zulässig, ferner in diesem Zeitraum die Nutzung von Besitzern mit Sonderparkausweis (insbes. Schwerbehinderte). Es ist festzustellen, dass die Verkehrsanordnungen regelmäßig ignoriert werden, dies könne nicht toleriert werden. Seine Fraktion sei für alle Vorschläge - auch für vergleichbar durchfahrbeschränkende Maßnahmen - offen, daher wurde der Antrag bewusst als Prüfantrag gestellt.

Das Ausschussmitglied der FDP-Fraktion erklärt, dass seine Fraktion dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen werde, dies wegen der damit verbundenen Kosten.

Diese Haltung wird von den anderen Ausschussmitgliedern nicht geteilt. Diskutiert wird die Art der Umsetzung. Ein Ausschussmitglied erklärt, dass aus seiner Sicht ein versenkbarer Poller nicht ausreichend sei, es bedürfe zwei bis drei Poller. Vorstellbar sei auch, dass die Zufahrt durch zwei Blumenkübel rechts und links begrenzt wird und nur in der Mitte ein Poller eingebaut wird. Um eine Kostenermittlung für diese Maßnahme wird gebeten. Die Schließung selbst sei politisch zu entscheiden.

Ein weiteres Ausschussmitglied hinterfragt, warum dieser Bereich eine Fußgängerzone sei. Die Verwaltung erklärt, dies sei historisch schwierig zu beantworten. Bedingt durch die Eisenbahnkreuzungsmaßnahme in den 1980er Jahren führt dieser Straßenbereich nirgendwo hin, auch gebe es aufgrund der räumlichen Gegebenheiten keine Wendemöglichkeit für Fahrzeuge. Die Verkehrsaufsicht kontrolliere zwar regelmäßig, könne wegen der begrenzten personellen Kapazitäten mit zwei Personen aber nicht ständig diesen Bereich kontrollieren. Daher wurde in der Vergangenheit bereits durch den Fachdienst IV.3/Straßenwesen geprüft, ob Poller hier eine Lösung darstellen können. Personell sei dies jedoch noch nicht umsetzbar gewesen. Die Pollerlösung beinhalte die Ausgabe von Funkempfängern an die Berechtigten. Nachts könnte der Poller unten gelassen werden, zu Geschäftszeiten werde er aktiviert.

Ein Ausschussmitglied erklärt, dass durch die mittige Anordnung des Fahrstuhls es sich ohnehin verbiete, über eine generelle Öffnung dieses Bereichs für Fahrzeuge nachzudenken.

Die Verwaltung ergänzt, dass im Rahmen der Umbauplanung in der Hamburger Straße auch geprüft wurde, den Verkehr in der Manhagener Allee umzulenken, d. h. vom Rondeel in die Manhagener Allee zum Woldenhorn bzw. zum Parkhaus zu führen.

Zur Umkehrung der Verkehre erinnert ein Mitarbeiter der Verwaltung, der früher Stadtverordneter war, zudem, dass die Umlenkung im Rahmen der Eisenbahnkreuzungsmaßnahme bereits geplant, aber nie umgesetzt wurde. Somit sei die aktuelle Situation als Provisorium einzuordnen.

Ein Ausschussmitglied wünscht sich, dass die in der Fußgängerzone unberechtigt Parkenden rigoros durch Dritte abgeschleppt werden. Hierzu teilt der Bürgermeister mit, dass dies nicht verhältnismäßig sei - es sei denn, die Parkenden würden Einfahrten blockieren.

Aus der Erfahrung wird berichtet, dass beim Stadtrundgang der SPD zu beobachten war, dass Kraftfahrzeuge in der Fußgängerzone die sich dort befindende Gruppe von Interessierten „umkurvte“. Dies führe zu gefährlichen Situationen, die Fahrzeuge gefährden darüber hinaus auch die aus dem Fahrstuhl tretenden Personen. Zudem: Wenn dieser Bereich für KFZ-Verkehr geöffnet werde, wie wolle die Stadt dann begründen, dass die Innenstadt verkehrsberuhigt werden soll?

Weitere Ausschussmitglieder erklären, jedem Bürger Ahrensburgs sei bekannt, dass in diesem Bereich nicht geparkt werden dürfe, dies behindere im Notfall auch Feuerwehr und Rettungsfahrzeuge. Angeregt wird auch, die Parklets in Ahrensburg in die Umgestaltung einzubeziehen.

Über den Prüfauftrag an die Verwaltung wird abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: 6 dafür
1 dagegen (FDP)

10. Bericht zu S4

Berichtet wird zunächst, dass am 07.09.2023 im Peter-Rantzau-Haus eine Information der DB für alle Interessierten stattfand, bei der die DB die Neubaumaßnahmen vorstellte. Diese Veranstaltung wurde von einer Vielzahl von Interessierten besucht.

Seit dem 26.09.2023 bis 25.10.2023 erfolgt - neben weiteren Kommunen - auch in Ahrensburg die Auslegung der Pläne zu PFA 3, dies im 1. Obergeschoss des Peter-Rantzau-Hauses. Die Einwohner können Bedenken äußern. Es wird eine Vielzahl von Einwendungen erwartet, die danach juristisch durch das Amt für Planfeststellung zu prüfen sind.

Darüber hinaus erfolgte durch die Stadt Ahrensburg am 27.09.2023 im Rahmen einer Einwohnerversammlung zum Thema S4 im Alfred-Rust-Saal, auf dessen Podium neben Vertretern der Stadt aus Verwaltung und Politik auch Vertreter der DB und der NAH.SH saßen und für Fragen zur Verfügung standen. Ein Themenschwerpunkt war der neue Rendez-Vous-Bahnhof Ahrensburg West. Die DB zahle die Leistungsphasen 1 und 2, später auch 75 % der Baukosten. Dieser zweite Bahnhof in Ahrensburg könne erheblich zur Entzerrung der Verkehre in Ahrensburg beitragen.

Die Stadt Ahrensburg wird sich im Rahmen einer gemeinsamen Sondersitzung des Bau- und Planungsausschusses mit dem Umweltausschuss während der Herbstferien am 25.10.2023 mit Einwendungen befassen, auch wenn sie nicht planfeststellende Behörde ist. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt letztlich über die Einwendungen und erörtere auch die Anregungen aus der Einwohnerversammlung, sofern diese in ihren Zuständigkeitsbereich fallen. Die Stadt Ahrensburg ist betroffen als Grundeigentümerin und ferner ein so genannter „Träger öffentlicher Belange“ und als solche ebenfalls zu Einwendungen berechtigt. Zur Vorbereitung tagt seit dem Sommer 2023 eine Arbeitsgruppe aus Vertretern von Verwaltung und Politik zu bestimmten Themen, dies wöchentlich. Von sechs geplanten Treffen haben bisher bereits vier Treffen stattgefunden. Morgen tagt diese Arbeitsgruppe wieder, dies zum Thema: Lärmschutz. Über die Einwendungen hat die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, sie müssen bis 08.11.2023 gegenüber dem Amt für Planfeststellung eingereicht werden.

Der Bürgermeister ergänzt, dass es auch zum neuen Rendez-Vous-Bahnhof Ahrensburg West schon erste Planungstreffen gab.

11. Anfragen, Anregungen, Hinweise

11.1. Anfrage des Kinder- und Jugendbeirates zur Einbeziehung in die Planungen beim Neubau des Schulzentrums am Heimgarten

Frau Niehus erklärt, dass in die Planungen zum Neubau der Schulen Am Heimgarten die Schüler*innen im Rahmen eines Workshops beteiligt wurden und fragt nach, wie nun das Berichtswesen gestaltet wird.

Die Schüler sollen beteiligt werden bei der Frage zur Benennung der Campusvariante. Sie bittet aber auch, die Pläne in den Schulen auszulegen.

Der Vorsitzende bittet, diese Bitte an den BKSA (Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss) heranzutragen, in dessen Zuständigkeit dieses Bauprojekt federführend liegt. Der Bürgermeister erklärt, dass er zudem davon ausgehe, dass der Kinder- und Jugendbeirat in die Planungen eingebunden ist.

Anmerkung der Verwaltung:

Dies wird bestätigt, der Kinder- und Jugendbeirat ist über die Lenkungsgruppe in die Planungen eingebunden. Diese tagt erst wieder Anfang November 2023.

11.2. Nachfrage zur Erreichbarkeit der Werkstatt „Die Ahrensburger“ im Gewerbegebiet Nord

Am 06.09.2023 wurde im BPA mit Verweis auf die Sitzung des Behindertenbeirates vom 04.09.2023 berichtet, in welchem auf aktuelle Probleme der Zuwegung zur Werkstatt „Die Ahrensburger“ eingegangen wurde (siehe BPA 06.09.2023/TOP 9.1). Nachgefragt wird, ob es hierzu bereits Neues zu berichten gäbe.

Die Verwaltung teilt mit, dass heute ein Ortstermin erfolgt sei. Der Bauhof werde zunächst die Stolperfallen im Gehweg der Kurt-Fischer-Straße (Abschnitt Beimoorweg bis Ahrensburger Werkstätten) beseitigen. Im BPA soll ferner - aber erst zu gegebener Zeit, d. h. wenn die personelle Ausstattung dies ermöglicht - eine Planung zur Erneuerung des Gehweges vorgestellt werden.

Schwierig sei es, eine Verbesserung für zu Fuß vom Bahnhof Gartenholz kommende Mitarbeiter, welche die Werkstatt aufsuchen, zu erreichen. Derzeit werde daher für mobilitätseingeschränkte Personen empfohlen, den gut ausgebauten Geh- und Radweg

- im Kornkamp bis zum Beimoorweg zu nutzen, den Kornkamp zu queren und
- Geh- und Radweg im Beimoorweg zu nutzen,

auch wenn dies einen kleinen Umweg bedeute. Nur die nicht mobilitätseingeschränkten Personen sollten die weniger gut ausgebauten älteren Gehwege in der Ewigen Weide und der Kurt-Fischer-Straße nutzen. Im Regelfall sollte es aber möglich sein, die Buslinie 169 vom Bahnhof Gartenholz zu nutzen.

11.3. Nachfrage zu Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge

Ein Ausschussmitglied erklärt, jüngst etwas von neuen Unterbringungsmöglichkeiten für bis zu 60 Bewohnern gehört zu haben und erfragt die Einordnung dieser Information. Der Bürgermeister teilt mit, dass es sich um Plätze für Flüchtlinge und Asylbewerber handelt und darunter sich Räume im Gewerbegebiet Nord befinden, die temporär zur Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerbern umgebaut werden, ferner den Neubau des Hauses im Reeshoop.

Daraufhin wird nachgefragt, wie viele Flüchtlinge Ahrensburg voraussichtlich noch zugewiesen werden und wie viele sich bereits in Ahrensburg befinden. Der Bürgermeister berichtet, dass für 2023 der Stadt ca.160 Personen zugewiesen werden sollen.

Anmerkung der Verwaltung:

Aktueller Stand – bereits 122 Personen der Stadt zugewiesen. In Flüchtlingsunterkünften (eigene und angemietete Objekte): 466 Personen.

11.4. Nachfrage des Seniorenbeirates zu den Aufzügen im Regionalbahnhof

Nachgefragt wird, wann die Aufzüge am Regionalbahnhof Ahrensburg wieder betriebsbereit sind. Die Verwaltung teilt mit, dass die Erneuerung der Aufzüge Ende November 2023 vollständig abgeschlossen sein soll.

Anmerkung der Verwaltung:

Näheres siehe auch Protokoll des BPA vom 05.07.2023, TOP 7.2.8.

11.5. Defekte Druckampel Manhagener Allee/Hansdorfer Straße

Ein Ausschussmitglied teilt mit, das an der Druckampel Manhagener Allee/Hansdorfer Straße das Licht am Taster seit längerem defekt sei. Dieser Abschnitt werde sehr stark von Schulkindern genutzt. Diese drückten den Taster ständig neu, da nicht erkennbar sei, ob das Signal erkannt worden sei. Um die Beseitigung des Defektes wird gebeten.

Anmerkung der Verwaltung:

Nach Ortsbesichtigung und Prüfung mag zwar das seitliche Sichtfeld des Tasters für die Querung der Manhagener Allee nicht beleuchtet sein, jedoch ist dieser in der Front beleuchtet. Das Signal wird korrekt angezeigt. Dies wird angesichts der Kosten für den Austausch des Tasters als ausreichend angesehen.

11.6. Defekter Vortaster für Radfahrer Am Alten Markt

Ein Ausschussmitglied berichtet, dass der Vortaster an der Lichtsignalanlage Am Alten Markt bereits seit längerem defekt ist. Um Abhilfe wird gebeten.

Anmerkung der Verwaltung:

Der Defekt wurde behoben.

gez. Markus Kubczig
Vorsitzender

gez. Angela Haase
Protokollführerin